

Service-Wüste für Nazis

Eine Handreichung für Gewerbetreibende

Idee und Auslöser der Aktion

Checkliste: Was tun gegen Nazis?

Adressen professioneller Beratungsstrukturen

Die Initiative gegen Rechts Friedrichshain

Fragebogen zur Aktion

Aufkleber „Servicewüste für Nazis“

Flyer: Rechtsextreme erkennen



Initiative gegen Rechts Friedrichshain
c/o Mieterladen, Kreuzigerstr. 23, 10247 Berlin



mit freundlicher Unterstützung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Aufkleber von Chilibanana – Visuelle Kommunikation
www.chilibanana.de

Die Aktion

„Servicewüste für Nazis“

Die Idee

Wir von der Bürgerinitiative gegen Rechts in Friedrichshain wollen gemeinsam mit den Gewerbetreibenden aus unserem Kiez ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Wir haben einen Aufkleber „Servicewüste für Nazis“ entwickelt, den sich alle ans Fenster kleben können, die im Kiez eine Kneipe, einen Imbiss oder einen Laden betreiben. Damit zeigt er/sie Rechtsextremen, dass sie in diesem Laden unerwünscht sind und gleichzeitig macht er Menschen Mut, die vor rechtsextremer Bedrohung und Gewalt Angst haben. Die Informationen zum Thema Rechtsextremismus seitens des Bezirksamtes sind in unseren Augen lückenhaft und derzeit unzureichend.

Warum soll die Aktion ausgerechnet in Friedrichshain stattfinden?

Im ersten Moment vielleicht überraschend im alternativen Friedrichshain: Nazis hier?! Ja wohl eher nicht....Aber der Eindruck täuscht. Laut der Chronik der Opferberatungsstelle „Reach Out“ ist Friedrichshain seit mehreren Jahren berlinweit der Ortsteil mit der höchsten Zahl rechtsextremer und rassistisch motivierter Vorfälle. Allein 2007 gab es in unserem Kiez 24 Gewalttaten von Rechts. Auch wenn die unabhängige Chronik von Reach Out immer höhere Fallzahlen aufführt als die offizielle Polizeistatistik - z.B. weil nicht alle Betroffenen Anzeige erstatten - bestätigt inzwischen auch der Berliner Verfassungsschutz, dass es hier im Kiez ein Problem mit rechtsextremer Gewalt gibt. Laut der Studie „Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006“ war Friedrichshain in diesem Zeitraum nach Prenzlauer Berg und Lichtenberg der Ortsteil mit den meisten rechtsextremen Gewalttaten im Berliner Vergleich.

Nach Einschätzung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) werden die meisten Übergriffe von unorganisierten Angehörigen der rechtsextremen Szene sowie Leuten aus so genannten „Mischszenen“, also zum Beispiel dem Hooliganmilieu, verübt. Dazu kommt aber auch, dass organisierte Rechtsextreme - vor allem die so genannten Autonomen Nationalisten - in Berlin in letzter Zeit begonnen haben, in Stadtteilen mit links-alternativem Image Jagd auf Menschen zu machen, die nicht in ihr

rechtsextremes Weltbild passen. Zudem ist in Friedrichshain zu beobachten, dass organisierte Rechtsextreme linke Strukturen, Läden und Hausprojekte ausspähen.

Und was können Gewerbetreibende dagegen tun?

In Friedrichshain gibt es glücklicherweise keine rechtsextreme Infrastruktur aus Läden und Kneipen wie zum Beispiel in Lichtenberg. Dennoch können sich Rechtsextreme in einigen Läden, Kneipen oder Imbissen in unserem Kiez ungestört aufhalten und manchmal sogar Treffen durchführen. Einige sind schon Ausgangspunkt für Übergriffe gewesen. Den meisten Kneipenbesitzern unterstellen wir dabei keinesfalls eine ebenso rechte Gesinnung wie Teilen ihrer Kundschaft. Manche nehmen die Rechtsextremen wohl aufgrund ihres veränderten Erscheinungsbildes (Stichwort: Autonomen Nationalisten) gar nicht als solche wahr, andere akzeptieren sie zumindest unkritisch als Kundschaft - vielleicht weil sie sich nicht bewusst sind, was das für das Klima in unserem Kiez bedeutet oder weil sie nicht wissen, was sie dagegen unternehmen können. Durch Diskriminierungen und rassistische Sprüche im Alltag sowie eine Zunahme rechtsextremer Übergriffe hat sich so schleichend das Klima im Kiez verändert. Leute, die erkennbar einen Migrationshintergrund haben oder subkulturelle Jugendliche zum Beispiel haben inzwischen vor allem nachts oder am Wochenende Angst, sich in unserem Kiez auf der Straße oder in den U- und S-Bahnen zu bewegen. Wir von der Bürgerinitiative wollen das nicht länger hinnehmen! Wir wollen einen Kiez, in dem keiner Angst haben muss, unterwegs zu sein, nur weil er/sie eine andere Hautfarbe hat, Punk oder HipHopper ist oder sich gegen Nazis engagiert. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung von den Kneipen und Läden im Kiez.

Den Gewerbetreibenden kommt nach unserer Meinung eine Schlüsselrolle beim Kampf um einen toleranten Kiez zu. Wenn die Kneipen, Imbisse und Läden Rechtsextreme konsequent vor die Tür setzen und Solidarität mit denen zeigen, die von rechtsextremer Gewalt betroffen sind, dann demonstrieren wir gemeinsam, dass Friedrichshain nicht nur ein links-alternatives Image hat, sondern tatsächlich weltoffen und vielfältig ist.

Aktiv werden gegen Nazis im Kiez!

Handlungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende

Wir von der Bürgerinitiative gegen Rechts in Friedrichshain möchten die Gewerbetreibenden in unserem Kiez ermutigen, sich auch in ihrem Arbeitsalltag gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu engagieren. Mit entsprechendem Hintergrundwissen zu Rechtsextremismus, rechtlichen Fragen und etwas Kreativität lässt sich schon mit wenig Aufwand viel erreichen.

Positionieren Sie sich!

Zeigen Sie deutlich, dass Sie diskriminierende Äußerungen oder Angriffe auf andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, Religionszugehörigkeit oder sexuellen Orientierung nicht dulden. Nutzen Sie alle Möglichkeiten, um Rechtsextremen (in unserem Kiez) Räume zu nehmen. Menschenverachtung darf nicht zur Normalität werden!

Eine deutliche Positionierung ist deshalb wichtig, weil es so etwas wie einen neutralen öffentlichen oder halböffentlichen Raum, in dem sich einfach alle nebeneinander herbewegen, nicht gibt. Nazis verdrängen allein schon durch ihre Anwesenheit andere Menschen, die Angst vor ihnen haben müssen. Ihr Auftreten ist immer mit der Drohung verbunden, dass all diejenigen, die nicht in ihr Weltbild passen, verletzt und/oder vertrieben werden. Deswegen ist es wichtig, aktiv zu werden, bevor es zu Übergriffen kommt. Gemeinsam mit anderen Gewerbetreibenden im Kiez den Aufkleber „Servicewüste für Nazis“ anzubringen, ist ein deutliches Signal an die Nazis, dass sie mit ihrer menschenverachtenden Ideologie und Praxis in Friedrichshain unerwünscht sind.

Wie kann ich verhindern, dass Rechtsextreme meine Kneipe nutzen? Wie bekomme ich sie wieder heraus, wenn es mir erst später auffällt und sie schon Stammkunden sind?

Das Hausrecht gestattet es Inhaber/innen (oder denjenigen, denen diese vertraglich Nutzungsrecht eingeräumt haben, also z.B. Pächter/innen oder Mieter/innen) grundsätzlich frei darüber zu entscheiden, wem sie Zutritt gestatten oder eben verwehren. Das schließt das Recht mit ein, den Zutritt nur zu bestimmten Zwecken zu erlauben und die Einhaltung dieser Zwecke mittels eines Hausverbotes durchzusetzen. Bei der Erteilung von Zutrittsverboten muss man allerdings berechnete Interessen geltend machen können.

Ein Hausverbot aufgrund der politischen Anschauung von Gästen - also z.B. wegen des Zur Schau Stellens der Anschauung durch Tragen rechtsextremer Kleidungsmarken oder Bekanntheit der rechtsextremen Anschauung - kann sachlich gerechtfertigt sein, wenn sich daran weitere legitime Interessen anknüpfen.

In Betracht kommen hierfür:

- Ein drohender wirtschaftlicher Schaden, der sich aus der Anwesenheit von Rechtsextremen ergibt, beispielsweise wenn andere Gäste beleidigt oder abgeschreckt werden und/oder sich über die Anwesenheit dieser Personengruppe oder einer bestimmten Person beschweren.
- Die Gefahr der Begehung von Straftaten/Abwehr von Straftaten.

Aktiv werden gegen Nazis im Kiez!
Handlungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende

Aktiv werden gegen Nazis im Kiez! **Handlungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende**

Wenn Rechtsextremen auf dieser rechtlichen Grundlage ein Hausverbot erteilt wird und sie sich dennoch weigern zu gehen, kann man die Polizei rufen, um das Hausrecht durchsetzen zu lassen.

Jenseits der Erteilung eines Hausverbotes gibt es weitere kreative Möglichkeiten, wie man Nazis den Aufenthalt in der eigenen Kneipe oder dem Imbiss verleiden kann – hier zwei Beispiele:

- Man kann ein Plakat aufhängen, in dem man bekannt gibt, dass ein bestimmter Anteil von jedem Getränk (das muss nicht viel sein) an eine antirassistische Organisation oder zivilgesellschaftliche Initiative gespendet wird. „Saufen gegen rechts“ macht Nazis keinen Spaß.
- Man kann seine Kneipe (vorübergehend) in einen Klub umwandeln. Die Klubkarten gibt man dann gegen eine geringe Gebühr (z.B. 1 Euro) nur an diejenigen aus, die man wirklich in der Kneipe haben will.

Die Erfahrungen in anderen Bezirken und anderen Städten zeigen: Wenn man den Nazis deutlich zeigt, dass man sie nicht als Gäste haben will, dann kriegt man sie auch los - und zwar in der Regel ohne dass es zu Gewalt kommt. Je mehr Gewerbetreibende in einer Gegend mitmachen, umso stärker ist die eigene Position.

Wie kann ich verhindern, dass Rechtsextreme bei mir Räume für eine Veranstaltung anmieten?

Auch bei der Vermietung von Räumen gibt es grundsätzlich keine Verpflichtung, an offenkundige Rechtsextreme zu vermieten. Das Problem ist daher eher, dass Vermieter/innen zuerst gar nicht merken, dass sie es mit Rechtsextremen zu tun haben. Aber auch hier gibt es Möglichkeiten, sich abzusichern. Man muss nur einen schriftlichen Raumnutzungs- oder Mietvertrag abschließen und darin bestimmte Klauseln aufnehmen, die den Mieter/die Mieterin zwingen, „Klartext“ zu reden.

Wichtig ist dabei, dass man sich genau bezeichnen lässt, wer die Räume mieten will und was der Veranstaltungszweck ist. Falls der Mieter/die Mieterin einen dann täuscht, z.B. für jemand ganz anderen die Räume mietet oder statt des angekündigten Geburtstages eine NPD-Veranstaltung stattfindet, dann liegt ein Vertragsverstoß vor und man kann vom Vertrag zurücktreten.

Besonders wichtig ist es, Angriffe auf die Menschenwürde auszuschließen. Solche Klauseln könnten so aussehen:

§ Der Mieter/ Die Mieterin ist nicht berechtigt, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird, sei es vom Mieter/von der Vermieterin selbst oder von Besucher/innen der Veranstaltung.

§ Der Mieter/Die Mieterin bekennt mit der Unterschrift, dass die Veranstaltung keine rechtsextremen, rassistischen oder antidemokratischen Inhalte haben wird. D.h. dass insbesondere weder in Wort noch in Schrift die Freiheit und Würde des Menschen verächtlich gemacht noch Symbole, die im Geist verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen oder diese repräsentieren, verwendet oder verbreitet werden dürfen.

§ Sollte durch Teilnehmende der Veranstaltung gegen vorgenannte Bestimmungen verstoßen werden, hat der Mieter/die Mieterin für die Unterbindung der Handlung Sorge zu tragen ggf. unter Anwendung des Hausrechts.

Aktiv werden gegen Nazis im Kiez!

Handlungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende

Der obenstehende Formulierungsvorschlag stammt aus einem Mustermietvertrag der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), welchen Sie über info@mbr-berlin.de bekommen können. Dort gibt es auch weiterführende Beratung zum Umgang mit Rechtsextremen im privatrechtlichen Bereich.

Zeigen Sie Solidarität!

Lassen Sie Betroffene rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt nicht allein! Helfen Sie, dass unser Kiez die Bezeichnungen weltoffen und tolerant verdient und sich hier auch Menschen wohlfühlen können, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen.

Wichtig ist, sich nicht nur an den Nazis selbst abzuarbeiten, sondern auch jenen zur Seite zu stehen, die von Nazis bedroht, verletzt und vertrieben werden.

Wie kann ich Betroffene von rechtsextremer Gewalt und von Alltagsrassismus unterstützen?

Eine Möglichkeit, Betroffene zu unterstützen, ist, in der Kneipe oder im Imbiss Infomaterial auszuliegen: von der Opferberatungsstelle Reach Out, von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und natürlich von der Bürgerinitiative gegen Rechts, damit Betroffene wissen, wo sie Unterstützung und Rat bekommen können.

Darüber hinaus können Sie zum Beispiel mit anderen Gewerbetreibenden im Kiez ganz konkrete Vereinbarungen treffen, was Sie tun, wenn Sie Zeuge von Übergriffen werden oder wenn sie selbst von Nazis bedroht werden (z.B. Telefonkette).

Unterstützen Sie Engagierte im Kiez!

Z.B. die Bürgerinitiative gegen Rechts in Friedrichshain. So können Sie selbst mit wenig Zeit für eigenes Engagement, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen.

Nicht alle haben Zeit, sich wöchentlich zu treffen oder selbst regelmäßig an zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten teilzunehmen. Aber auch dann gibt es vielfältige Möglichkeiten solche Aktivitäten zu unterstützen.

Wie kann ich Initiativen gegen Rechts in meinem Kiez unterstützen?

So können Gewerbetreibende Flyer einer lokalen Initiative auslegen oder Plakate für Veranstaltungen und Gegendemonstrationen aufhängen. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Öffentlichkeit für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Kultur zu schaffen und andere für die Unterstützung zu gewinnen.

Je nach den eigenen Möglichkeiten können auch Sach- oder Geldspenden für konkrete Aktionen gegen Rechts einen wichtigen Beitrag leisten. In einem anderen Bezirk hat z.B. ein Bäcker Brötchen für diejenigen gespendet, die sich an Protesten gegen einen rechtsextremen Aufmarsch beteiligt haben.

Es gibt für alle eine Möglichkeit etwas zu tun - auch mit wenig Zeit und Geld.

Aktiv werden gegen Nazis im Kiez!
Handlungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende

Kompetente Hilfe

Professionelle Beratungsstrukturen



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) begleitet und berät alle, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren oder dies in Zukunft tun möchten. Chausseestraße 29, 10115 Berlin, www.mbr-berlin.de



Opferberatung Reach Out

Opfer bzw. Angehörige und Freund/innen von Opfern können sich für Fragen und Unterstützung an Reach Out wenden. Oranienstraße 159, 10969 Berlin, www.reachoutberlin.de



Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (APABIZ)

Informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Es bietet vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern. Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, www.apabiz.de

Zur Aktion „Service-Wüste für Nazis“

Sie haben Anmerkungen oder Kritik zu unserer Aktion für Gewerbetreibende? Dann können Sie uns gern persönlich Feedback geben. Jeden Donnerstag zwischen 17–19 Uhr im Mieterladen (Kreutzigerstr. 23). Oder unter Telefon 030/ 74 07 88 31

Initiative gegen Rechts Friedrichshain

Wir sind engagierte Antifaschist/innen mit verschiedenen Hintergründen. Vertreter aus Parteien, Vereinen und Einzelpersonen leisten ihren Beitrag in der Initiative. Dadurch ist eine Vielfalt an Ideen, Lebenseinstellungen und Charakteren an der Entwicklung der Initiative und ihrer Aktionen beteiligt. Wir haben offene Strukturen. Dies dient der Offenheit gegenüber neuen Mitstreitern, damit diese sich gemäß ihren Möglichkeiten einbringen können, ohne sich dauerhaft binden zu müssen. Wir legen besonderen Wert darauf, dass es bei uns auch möglich sein soll, einzelne Aktionen mitzugestalten oder länger für ein Thema Verantwortung zu übernehmen. www.initiative-gegen-rechts.de

Treffen: Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Mieterladen (Kreutzigerstr. 23, Berlin-Friedrichshain)*

* Die Veranstalter/innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistischen, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtender Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Fragen zur Aktion Servicewüste für Nazis - Recht gegen Rechtsextreme

Helfen Sie uns mit Ihren Antworten, noch besser gegen Rechtsextremismus aufzuklären und aktiv zu sein
(Bei den Antworten sind Mehrfachnennungen möglich)

1. Die Aktion Servicewüste für Nazis finde ich gut.

- Ja
- Nein

2. Ich finde das Material und die Mappe gut.

- Ja
- Nein

3. Ich würde gerne mehr über den Umgang mit Rechtsextremen erfahren.

- Ja
- Nein

4. Wenn vor meiner Einrichtung ein Mensch Hilfe sucht, der betroffen von Gewalt gewesen ist, würde ich diesem Menschen helfen, wenn ich denke, dass dieser Mensch...

- eine Frau ist.
- ein Kind ist.
- schwul/lesbisch ist.
- obdachlos ist.
- ein sogenannte/r Behinderte/r ist.
- äußerlich verarmt wirkt.
- drogenabhängig ist.
- ein/e Linke/r ist.
- ein Jude/eine Jüdin ist.
- nichtdeutsch ist.
- muslimisch ist.
- osteuropäisch ist.
- außereuropäisch ist.
- europäisch ist.

5. Wenn eine Person von rassistischer oder faschistischer Gewalt betroffen ist, würde ich helfen:

- Auf jeden Fall
- Wahrscheinlich
- Vielleicht
- Auf keinen Fall
- Wahrscheinlich nicht
- Kommt auf die Person an

6. Gründe, warum ich nicht helfen würde: weil ich Angst habe...

- etwas Falsches zu tun
- vor Kundenverlust
- vor Sachbeschädigung
- selbst verletzt zu werden
- weil ich nicht weiß, wie man hilft
- weil ich mich in fremde Angelegenheiten nicht einmischen will
- weil ich nicht weiß, wer angefangen hat

7. Ich würde den Aufkleber „Servicewüste für Nazis - Hilfe für Betroffene“ anbringen, weil:

- es gut ist ein Zeichen zu setzen
- ich anderen helfen möchte
- ich Rechtsextreme nicht mag
- meine Freund/innen nichtdeutsch sind
- meine Kund/innen das gut finden würden

8. Ich würde den Aufkleber nicht anbringen, weil:

- ich Angst vor Kundenverlust habe
- die Aktion ja doch nix bringt
- es mich überfordern würde, wenn jemand Hilfe braucht
- ich Angst vor Sachschaden habe
- Rechtsextreme mein Lokal eh nicht aufsuchen
- meine Mitarbeiter sich unwohl fühlen würden